

OPTIONEN DER INTERNATIONALEN GEMEINSCHAFT ZUR LÖSUNG DER ALBANISCHEN FRAGE

Jens Reuter

I. Die albanische Frage vom Berliner Kongress bis zum Zerfall Jugoslawiens

Vom albanischen Schriftsteller Ismail Kadare stammt die pessimistische Feststellung: "In diesem Land war es immer für alles zu spät".

Sie gilt cum grano salis auch für das nationale Erwachen der Albaner. Als Griechen, Serben, Bulgaren und Rumänen im 19. Jahrhundert von romantischer Nationalbegeisterung erfasst wurden, ließen vergleichbare Bewegungen bei den Albanern noch lange auf sich warten. Der Entwicklung eines überregionalen Zusammengehörigkeitsgefühls standen nicht nur die sozialen und sprachlichen Unterschiede zwischen den "Gegen" im Norden und den "Tosken" im Süden entgegen, sondern vor allem die religiöse Dreiteilung des Landes. Etwa achtzig Prozent der albanischen Bevölkerung bekannten sich zum Islam und gehörten damit zum staatstragenden Element im osmanischen Reich. Gut zehn Prozent waren griechisch-orthodoxen Glaubens, knapp zehn Prozent römisch-katholisch. Da die Türken Konfession und Nationalität gleichsetzten und die Albaner über keine nationalkirchlichen Institutionen verfügten, existierte für den osmanischen Staat eine albanische Nationalität nicht. Die wenigen Albaner, die überhaupt Schulen besuchten, wurden von türkischen Lehrern im osmanisch-muslimischen Nationalgefühl erzogen. In den griechischen Schulen dominierte die Erziehung im panhellenischen Geist, und in den katholischen Schulen fand der Unterricht in italienischer Sprache statt. Albanische Schulen gab es nicht, und so war es kein Wunder, dass die Rilindja (nationale Wiedergeburt), eine literarisch-nationale politische Bewegung, die sich die Erweckung des albanischen Nationalbewusstseins zum Ziel gesetzt hatte, überwiegend von Auslandsalbanern in Italien und Griechenland gesteuert wurde.

Der ganze Prozess verlief jedoch sehr langsam. Noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren die Albaner meilenweit vom Ideal einer homogenen Nation entfernt. Der Berliner Kongress (1878) stellte u.a. fest, eine albanische Nation gebe es nicht, und daher existiere auch keine albanische Frage. Drei Tage vor Beginn dieses Kongresses, der Serbien, Montenegro, Bulgarien und Rumänien die Anerkennung als unabhängige Staaten brachte, formierte sich die "Liga von Prizren", die alle albanisch besiedelten Territorien zu einer Provinz mit türkischem Generalgouverneur vereinigen wollte. Die albanische Nationalbewegung hatte die unbedingte Loyalität gegenüber dem türkischen Sultan auf ihre Fahnen geschrieben und kämpfte gegen die drohende Abspaltung albanischer Siedlungsgebiete vom osmanischen Reich. Die Liga geriet jedoch bald in einen Interessenkonflikt mit der Hohen Pforte und wurde von türkischen Truppen zerschlagen. Nach einigen Aufständen und enttäuschten albanischen Hoffnungen in bezug auf die jungtürkische Bewegung fassten die politischen Führer der Albaner unmittelbar nach Beginn des Ersten Balkankriegs (Oktober 1912) den Entschluss, das sinkende osmanische Schiff zu verlassen und einen unabhängigen albanischen Staat anzustreben. Eine in aller Eile einberufene Nationalversammlung proklamierte am 28. November 1912 die Unabhängigkeit Albaniens und bildete eine provisorische Regierung.

Serbien, das im Ersten Balkankrieg Kosovo erobert hatte, wollte sich diese Beute natürlich nicht entreißen lassen und wurde darin von Russland unterstützt. Österreich-Ungarn und Italien fürchteten die Expansion Serbiens und traten für ein Großalbanien ein. Auf der Londoner Botschafterkonferenz (1912/13) entschieden sich die Großmächte für die Schaffung eines Rumpfalbaniens, das nur die Hälfte aller albanisch besiedelten Territorien einschloss. Mehr als 50 % der albanischen Bevölkerung blieben außerhalb dieses Staates und gerieten zumeist unter serbische Herrschaft, da Serbien der Löwenanteil der heutigen Provinz Kosovo

zugesprochen wurde. Die heutige serbisch-albanische Grenze stimmt im wesentlichen mit der Linie überein, wie sie 1913 von der Londoner Konferenz beschlossen wurde. Wie der britische Außenminister Sir Edward Grey seinerzeit freimütig eingestand, spielten ethnische Gesichtspunkte bei der Frage der Grenzziehung keinerlei Rolle. Es ging lediglich darum, die Interessen der Großmächte zu befriedigen.

So entstand durch die Zweiteilung des albanischen Siedlungsgebietes die bis heute ungelöste nationale Frage. Im Zweiten Weltkrieg wurde ein Großalbanien von Italiens und Deutschlands Gnaden geschaffen. Kosovo wurde von Rumpfalbanien annektiert und wurde ein Teil "Großalbaniens". Die scheinbare Erfüllung des nationalen Traums wurde ausgerechnet von Mussolini ins Werk gesetzt, dem Mann, der den Albanern 1939 die Unabhängigkeit genommen hatte. Die Albaner gerieten während des Zweiten Weltkriegs in einen euphorischen Einheitsrausch. Sie störten sich nicht daran, dass sie alle zu italienischen Staatsbürgern wurden und dass die Erfüllung der nationalen Sehnsüchte mit der erniedrigenden italienischen Besatzung einherging. Die vordergründige Einheit der Albaner war nur von kurzer Dauer. Sie endete mit der Niederlage des Deutschen Reichs und der Wiederherstellung der territorialen Vorkriegsverhältnisse.

In der kommunistischen Ära fühlte sich das stalinistische Hoxha-Regime nicht stark genug, die nationale Frage auf die Tagesordnung zu setzen, weil es das eigene Land existentiell bedroht sah. Enver Hoxha suchte bei Moskau Schutz gegen das übermächtige Jugoslawien und knüpfte sogar eine Allianz mit dem weit entfernten Peking, weil die chinesischen Kommunisten die unversöhnlichsten ideologischen Gegner des "Revisionisten" Tito waren. Nachdem er auch von diesem Bündnis enttäuscht worden war, proklamierte Hoxha die Politik der nationalen Isolierung. Der albanische Staat bezog eine Art Igelstellung, seine defensive Politik schien das Schicksal der Landsleute im Kosovo aus den nationalen Belangen auszuklammern. Die Stabilisierung der albanischen Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit war das Entscheidende, an weitergehende Ziele konnte der isolierte kleine Balkanstaat nicht denken.

In eine schwierige Lage geriet Albanien, als es 1981 – nur ein Jahr nach Titos Tod – im benachbarten Kosovo zu gewaltsamen Demonstrationen kam, die Republikstatus für die Provinz forderten. Jugoslawische Armee und Polizei schlugen die vermeintliche Konterrevolution blutig nieder. Tirana verurteilte das Vorgehen von Armee und Polizei und musste sich von Belgrad vorwerfen lassen, als Drahtzieher hinter den Unruhen zu stecken. Als sich zu Beginn der neunziger Jahre der Zerfall Jugoslawiens abzuzeichnen begann, sahen sich die Kosovo-Albaner dem übermächtigen Serbien mehr denn je ausgeliefert. Kroatien und Slowenien fielen als potentielle Verbündete aus, wenngleich gesagt werden muss, dass beide Republiken kein genuines Interesse an der albanischen Frage hatten. Sie benutzten sie vielmehr als eines der Instrumente in ihrer antiserbischen Propaganda.

II. Die albanische Nationalbewegung in den neunziger Jahren

1991 war im Mutterland Albanien das Ende des kommunistischen Systems gekommen. Viele Albaner hatten es dem Hoxha-Regime und auch der kommunistischen Übergangsregierung von Ramiz Alia verübelt, dass sie keinen Beitrag zur Einigung aller Albaner geleistet hatten. Die Vision von der nationalen Einheit fand traditionell bei der geistigen Elite den stärksten Rückhalt, und diese Elite erhoffte sich von der ersten "demokratischen" Regierung ein deutliches Engagement in der nationalen Frage. Auch die Elite selbst blieb nicht untätig. Der im Kosovo beheimatete Schriftsteller und Historiker Rexhep Qosja initiierte im November 1991 gemeinsam mit Ismail Kadare die "Bewegung der Aussöhnung und der gesamtnationalen Vereinigung". Sie forderten alle Patrioten dazu auf, unabhängig von ihrer Religion, ihrer gesellschaftlichen Stellung und politischen Meinung, einen Konsensus und ein einheitliches Programm in der nationalen Frage zu suchen. Als Ergebnis schwebte ihnen die

Vereinigung aller Albaner in einem großen Staat vor, der eine stabilisierende Funktion auf dem Balkan haben sollte.

Eine wichtige Rolle spielten naturgemäß auch die Ereignisse in Osteuropa. Der Zusammenbruch des Ostblocks, der Fall der Berliner Mauer, die deutsche Einigung – das alles waren Faktoren, die bei den Albanern Hoffnung aufkeimen ließen, auch ihre nationale Frage sei jetzt reif für eine Lösung. Im Juni 1991 gab Xhelil Gjoni, einer der Nachfolger von Ramiz Alia als Parteiführer, folgende Erklärung ab:

"Wir, die Albaner, sind eine zu Unrecht geteilte Nation. Aber es würde ein weiteres Unrecht sein, wenn man die Mauer, welche die Albaner auf beiden Seiten der Grenze teilt, nicht einriss. Wir sollten mit Entschlossenheit fordern, dass diese Mauer beseitigt wird und dass die Albaner frei miteinander kommunizieren können, wie das die anderen europäischen Völker und Nationen tun."

Der im Sommer 1991 beginnende Bürgerkrieg in Jugoslawien weckte gemischte Gefühle in Albanien. Zum einen fürchtete man ein Überschwappen des Konflikts auf das Kosovo und das eigene Land, zum anderen hoffte man, nach einer eventuellen serbischen Niederlage der Lösung der nationalen Frage näherzukommen. Eines war den verantwortlichen Politikern in Tirana allerdings klar: ihr kleines und wirtschaftlich schwaches Land konnte sich keinen Krieg um das Kosovo mit dem übermächtigen serbischen Nachbarn erlauben. Dadurch waren die Optionen der albanischen Politik extrem eingeschränkt.

Im Juni 1993 hielt der albanische Staatspräsident Salih Berisha eine Rede vor Militärs in Korçë. Er sagte: "Wir Albaner sind sieben Millionen Menschen, aufgeteilt in fünf Staaten. Wir üben uns in Selbstbeherrschung, was kein Zeichen von Furcht oder Zögern, sondern von Stärke ist."

Die "fünf Staaten", die Berisha hierbei vorschwebten, waren Albanien, Serbien, Montenegro, Mazedonien und Griechenland. Es ist bemerkenswert, dass Griechenland in diesem Zusammenhang erwähnt wurde, denn die Assimilation der in Nordgriechenland ehemals ansässigen Albaner (Çamëria orthodoxen Glaubens) ist so gut wie abgeschlossen, während die Çamëria muslimischen Glaubens am Ende des Zweiten Weltkriegs nach Albanien vertrieben wurden. Unter der Herrschaft Serbiens, d.h. v.a. in der Provinz Kosovo, lebten seinerzeit rund 1,8 Millionen Albaner, in Montenegro hingegen 50.000. In Mazedonien gab es nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1994 480.000 Albaner, d.h. 23 % der Bevölkerung.

Die von Berisha angesprochene Selbstbestimmung besagte, dass die nationale Frage mit friedlichen Mitteln, keinesfalls aber mit Gewalt gelöst werden sollte. Vor seinem Machtantritt im März 1992 hatte Salih Berisha durchaus das eine oder andere Statement abgegeben, das in die irredentistische Richtung zu gehen schien. Doch einmal in Amt und Würden schwor er dem Gedanken an ein Großalbanien zumindest öffentlich ab. Zum Jahresbeginn 1993 erklärte er: "Albanien hat niemals irgendeine Änderung der bestehenden Grenzen angestrebt, tut dies nicht und wird es auch in Zukunft nicht tun."

Die Absage an Gewalt und die immer wieder erneuerte Versicherung, keine territorialen Ansprüche gegen irgendeinen Nachbarstaat zu haben, waren ein Gebot der politischen Vernunft. Natürlich wusste man in Tirana, dass man für eine andere Politik weder in Washington noch in Brüssel oder Ankara Unterstützung erhalten würde. Man hatte aber den Gedanken an die nationale Einheit nicht aufgegeben, sondern lediglich auf bessere Zeiten vertagt. Tirana sah damals eine irredentistische Politik im Kosovo, die in einen Krieg einmünden würde, als tödliche Gefahr an. Man wollte zu dieser Zeit einen bewaffneten Konflikt im Kosovo um jeden Preis vermeiden. Ibrahim Rugova war mit seiner gewaltlosen Politik ein natürlicher Verbündeter Tiranas. Er schien die Gewähr dafür zu bieten, dass sich die Kosovaren nicht zu einem gewaltsamen Aufstand hinreißen lassen würden, der dann auch Albanien mit in den Abgrund reißen könnte.

Gleichzeitig lag es im sicherheitspolitischen Interesse Tiranas, die politische Führung der Albaner im Kosovo – und natürlich auch in Mazedonien – unter seine Kontrolle zu bringen. Nur so konnte verhindert werden, dass im Kosovo ein bewaffneter Aufstand losbrach oder dass der Nachbarstaat Mazedonien durch nationalistische Aktionen der dortigen Albaner weiter destabilisiert würde. Die Existenz eines unabhängigen Mazedoniens war aus der Sicht Tiranas sehr wichtig, denn eine eventuelle Aufteilung dieses Staates zwischen Serbien und Griechenland hätte fatale Konsequenzen für die Albaner in Westmazedonien gehabt.

Gleichzeitig musste Tirana behutsam zu Werke gehen, denn wenn man in der BR Jugoslawien oder in Mazedonien den Eindruck bekäme, die Politik der dortigen Albaner sei gleichsam aus Tirana ferngesteuert, hätte man sie bald nur noch als "fünfte Kolonne" betrachtet. Die erste Delegation der Rugova-Partei LDK musste bis zum Februar 1991 warten, bis ihr von der albanischen Regierung ein offizieller Besuch in Tirana gestattet wurde.

Es war nicht etwa so, dass die gesamtalbanische Politik in Tirana konzipiert und von den politischen Führungen der Landsleute in Pristina und Skopje gehorsam übernommen wurde. In engen und regelmäßigen Kontakten zwischen Tirana, Pristina und Skopje versuchten die albanischen Führungen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre, die albanische Außenpolitik auf eine breitere Basis zu stellen und Einigkeit zu demonstrieren. Doch dabei war ein Ungleichgewicht unverkennbar. Salih Berisha hatte den – wenn auch wirtschaftlich und politisch schwachen – albanischen Staat hinter sich. Ibrahim Rugova und die albanischen Führer in Mazedonien hingegen waren potentielle Gefangene des Staates, in dem sie lebten, d.h. in einer extremen Situation könnten sie von Serben oder Slavomazedoniern ihrer Freiheit beraubt werden. Schon aus diesem Grunde war das Gewicht Tiranas vor den Unruhen in Albanien größer, woraus zuweilen eine Art paternalistischer Haltung resultierte.

Wenn es um die Lösungsansätze bei der nationalen Frage geht, darf man die albanische Emigration nicht außer acht lassen. Wie schon im 19. Jahrhundert, so spielten auch am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts die Emigranten in Europa und Übersee mit ihrem Geld und ihrem Patriotismus eine wichtige Rolle. Generell lässt sich sagen, dass sich die Emigration sehr viel stärker und vorbehaltloser bei der Lösung der nationalen Frage engagierte als etwa die Führungen in Tirana, Pristina oder Skopje. Die 400.000 Albaner in Amerika brachten erhebliche finanzielle Mittel auf, damit sich Kongressabgeordnete und US-Senatoren für die albanische Sache einsetzten. Die albanischen Emigranten in Deutschland und in der Schweiz – deren Zahl am Ende der neunziger Jahre durch Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge lawinenartig zunahm – sorgten nicht nur dafür, dass das Kosovo-Problem in Westeuropa zumindest einen gewissen Grad an Publizität erhielt sondern sie ermöglichten durch ihre finanziellen Zuwendungen auch die Formierung der Befreiungsarmee UÇK, wenngleich deren Finanzierung auch auf andere, dunkle Kanäle zurückgehen soll. Generell lässt sich feststellen, dass die albanische Emigration eine Art Motor bei allen Bestrebungen zur Lösung der albanischen Frage gewesen ist. Vorwärtsdrängend, beschleunigend und radikaler als die politischen Kräfte in der Heimat, die viele Rücksichten zu nehmen hatten und denen in mancher Hinsicht die Hände gebunden waren.

Zwischen Pristina und Tirana, d.h. zwischen Ibrahim Rugova und Salih Berisha, herrschte keine "idyllische Bruderliebe". Vielmehr gab es schwerwiegende Differenzen, die mit der Sichtweise des Kosovo-Problems und daraus resultierenden Lösungsmöglichkeiten zusammenhingen. Selbstverständlich wurden diese Gegensätze nicht öffentlich ausgetragen; sie lassen sich jedoch nachweisen. Unter Federführung Ibrahim Rugovas hatte der Koordinierungsrat der albanischen politischen Parteien Ex-Jugoslawiens im September 1993 mit viel Mühe einen Konsens über eine gesamtalbanische Außenpolitik gefunden. Die wichtigsten Albanerparteien aus Kosovo, Mazedonien und Montenegro hatten sich auf folgende Punkte verständigt:

- Streben nach einem unabhängigen Staat Kosovo,

- Anerkennung der Albaner in Mazedonien als staatsbildendes Volk,
- garantierte Autonomie für die Albaner in Montenegro und Südserbien.

Diese Grundsätze einer gemäßigten Politik, die den erklärten Sezessionisten und Anhängern eines bewaffneten Aufstands den Wind aus den Segeln nehmen sollten, waren deutlich von Tirana beeinflusst. Doch bald musste man die schmerzliche Erfahrung machen, dass Albanien der einzige Staat blieb, der die selbstproklamierte Republik Kosovo unter ihrem Präsidenten Rugova offiziell anerkannte, allerdings nur durch einen Parlamentsbeschluss und nicht durch das Außenministerium. Präsident Berisha rückte bald wieder von der Forderung nach einer unabhängigen "Republik Kosovo" ab. Da die internationale Staatengemeinschaft auch im Falle des früheren Jugoslawiens am Prinzip der Unveränderlichkeit der Grenzen festhielt, modifizierte Tirana seinen Standpunkt. Berisha erklärte, man müsse von der Autonomie ausgehen, die Kosovo 1974 besessen habe. Diese sei gemäß den inzwischen gemachten Erfahrungen zu erweitern und durch internationale Garantien zu sichern.

Unterstützung bei Präsident Berisha fand die Idee, die Vereinten Nationen zu einer Intervention im Kosovo und zur Schaffung eines internationalen Protektorats Kosovo aufzufordern. Doch ein solcher Schritt, der ohne die Zustimmung der serbischen Regierung erfolgen sollte, hatte keine Chance auf Verwirklichung.

Als sich Ibrahim Rugova im September 1994 für die Schaffung einer Konföderation zwischen Albanien und dem Kosovo einsetzte, blieb das Echo aus Tirana zurückhaltend. Erkennbar wurde, dass die albanische Regierung als primäres Ziel verfolgte, den Ausbruch von Konflikten im Kosovo zu verhindern. Bereits im Frühjahr 1993 hatte Salih Berisha allen Träumen von der nationalen Vereinigung eine nachdrückliche Absage erteilt. In einem offenen Brief an Rexhep Qosja betonte er, Albanien habe sich vorbehaltlos an die Schlussakte von Helsinki zu halten, die gewaltsame Grenzänderungen ausschließe. Die Absage an jede Form von Gewalt oder Terrorismus zur Erreichung politischer Ziele sei besonders wichtig, weil nur so eine albanische wie auch eine Balkantragödie vermieden werden könne. Das Problem der Albaner in Ex-Jugoslawien sei nur durch eine realistische Einstellung und eine Politik der Stabilität einer Lösung näherzubringen. Dazu müssten die Anstrengungen aller albanischen Kräfte auf der internationalen Bühne koordiniert werden; dazu müsse man sich aber auch an die Prinzipien von Helsinki und an die UN-Charta halten.

Noch mehrfach bekräftigte die albanische Regierung unter Berisha die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen und forderte für die Landsleute im Kosovo nicht mehr als die Rückkehr zur Autonomie des Jahres 1974. Die Führung in Tirana wusste sehr wohl, dass ihre maßvolle Zurückhaltung in der nationalen Frage sowohl von Brüssel als auch von Washington honoriert werden würde. Und dies im buchstäblichen Sinne, da Albanien ohne Finanz- und Wirtschaftshilfe des Westens nicht überleben konnte und kann.

Die Führungen in Pristina und Tirana vertraten geschlossen den Standpunkt, das Kosovo sei kein Minderheiten- oder humanitäres Problem, sondern eine Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Alle in hohem Maße von Ibrahim Rugova ausgehenden Bemühungen, die nationale albanische Frage zu internationalisieren, schienen 1995, als das Abkommen von Dayton geschlossen wurde, in eine Sackgasse geraten. Das Kosovo war "das Stiefkind von Dayton", denn dieses umfangreiche Vertragswerk erwähnte das Kosovo-Problem im Haupttext mit keinem Wort. Dayton leitete deshalb die Radikalisierung von mehr und mehr Kosovo-Albanern ein und machte sie unempfindlich für Kompromisse aller Art.

Als der obenerwähnte Koordinierungsrat der albanischen Parteien im November 1995 erneut tagte, sagte selbst der gemäßigte Fehmi Agani, der Westen wolle den Kosovaren stets die Autonomie schmackhaft machen. Diese seien aber primär an der Änderung der Grenzen interessiert, danach würden sie das Modell ihrer Regierungsform selbst bestimmen. Mark

Krasniqi, Vorsitzender der Albanischen Christdemokraten, betonte, die Unabhängigkeit Kosovos sei die Minimalforderung. Die echte Forderung der Albaner wäre die Vereinigung aller albanischen Territorien. Die Maximalforderung wäre die Rückkehr der Albaner in ihre ethnischen Territorien bis nach Niš und in den Sandschak.

Im Januar 1996 erklärte der rechtsextreme Politiker Petrit Kalakulla: "Wir sind nicht dafür, zum Maschinengewehr zu greifen. Aber wenn wir genügend Macht hätten, wären wir nicht dagegen, diese Waffe einzusetzen. So siegten die Palästinenser und die Iren. So können auch die Kosovaren siegen."

Das sich hier abzeichnende Umdenken im Kosovo, das Gewalt zur Lösung der nationalen Frage zumindest nicht mehr ausschloss, erhielt Auftrieb, als Waffen plötzlich keine Mangelware mehr waren, sondern in großer Zahl und unglaublich preiswert angeboten wurden. Der Grund waren die beispiellosen Vorgänge, die Albanien 1997 erschütterten. Nachdem am Jahresende 1996 mehrere Geldanlagefirmen in der sogenannten Pyramidenaffäre zusammengebrochen und Hunderttausende von Kleinanlegern um ihre Ersparnisse gebracht worden waren, kam es zu schweren Unruhen, die bald in den völligen Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung einmündeten. Die Waffendepots von Armee und Polizei wurden geplündert. Mehr als 560.000 Infanteriegewehre und 1,5 Milliarden Patronen sowie 3,5 Millionen Granaten verschwanden spurlos. Die Preise für diese überall angebotenen Waffen sanken ins Uferlose.

In Albanien selbst waren von nun an Mord und Totschlag an der Tagesordnung, zwischen März und September 1997 geschahen 1.185 Morde und 126 fahrlässige Tötungen. Das Land versank in Anarchie, in vielen Regionen galt jetzt die Mafia als "Ordnungsmacht". In Nordalbanien befanden sich auch die Nachschubbasen und Ausbildungslager der UÇK, die sich dort mit Berisha die Macht teilte.

Schon seit Beginn der neunziger Jahre hing Albanien am Tropf internationaler Hilfe. Seit Mitte 1997 wurde das Land de facto von der internationalen Geldgebergemeinschaft verwaltet. Seit April 1999 war Albanien auch eine Art NATO-Protectorat, denn es hatte dem westlichen Bündnis, das den Luftkrieg gegen Jugoslawien führte, seine Häfen und Flughäfen sowie seine gesamte Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Die Regierung, die weite Teile des Staatsgebiets nicht mehr kontrollieren konnte, hatte auf eine eigene Außenpolitik verzichtet. Im Sommer 1999 stellte sich die Situation so dar, dass das Mutterland als Akteur in der sich immer brennender stellenden nationalen Frage komplett ausgefallen war. Aber auch die politischen Führer der Kosovo-Albaner waren unter sich zerstritten. Hashim Thaçi, Vorsitzender des "Politischen Direktoriums" der UÇK und Delegationschef der Albaner bei den Verhandlungen in Rambouillet, maßte sich jetzt auch den Titel eines inoffiziellen Ministerpräsidenten vom Kosovo an. Damit wurde er zum unmittelbaren Rivalen von Bujar Bukoshi, der dieses Amt seit Jahren im Exil ausgeübt hatte und nicht daran dachte, sich von einem Thaçi, dem es an jeglicher demokratischen Legitimierung fehlte, verdrängen zu lassen. Ibrahim Rugova wurde nach seiner serbischen Gefangenschaft von der UÇK und ihrer Nachfolgeorganisation – der im Oktober 1999 von Thaçi gegründeten Partei für die demokratische Prosperität Kosovos – nicht länger als Präsident anerkannt. Aber auch bei den Gemäßigten um Bukoshi war seine Stellung vorübergehend umstritten. Nach jüngsten Meinungsumfragen im Kosovo würde Ibrahim Rugova jedoch trotz allem Präsidentschaftswahlen mit klarem Vorsprung gewinnen. Für Thaçis neue Partei würde nur ein Bruchteil der Wähler stimmen. Offensichtlich wird die UÇK und ihre politische Nachfolgeorganisation für die andauernde Gewalt im Kosovo verantwortlich gemacht, die den meisten Menschen verhasst ist.

Nach dem Rückzug der serbischen Kräfte aus dem Kosovo und der Stationierung der internationalen Friedenstruppe KFOR schien es eine Zeitlang so zu sein, als sollte die UÇK zum entscheidenden Akteur im Kosovo werden. Sie richtete eine eigene Zivilverwaltung ein, sicherte sich die wirtschaftlichen Machtpositionen in der Provinz und kooperierte eng mit den

bewaffneten Banden Salih Berishas in Nordalbanien, die mit der Mafia verquickt sind. Die Grenze zwischen Albanien und Kosovo existierte für die UÇK und ihre albanischen Verbündeten de facto nicht mehr. Doch das hatte keine Bedeutung für die Lösung der nationalen Frage.

Obwohl das Kosovo durch die NATO-Intervention die serbische Herrschaft de facto abgeschüttelt hat, hängt die Lösung der nationalen Frage derzeit nicht von den albanischen Akteuren ab. Diese Akteure sind mehr oder weniger hilflos, da auch die scheinbar starke UÇK nach ihrer Umwandlung zum einen in das Zivile Schutzkorps, zum anderen in eine politische Partei das Geschick vom Kosovo nicht bestimmen kann. Die UÇK hat, solange sie existierte, die gemäßigten Kräfte stark geschwächt, ohne dass sie selbst zum entscheidenden Akteur geworden wäre. Der Grundfehler dieser Organisation bestand darin, dass sie sich weitgehend wie ein Geheimbund verhielt und in ihrer Öffentlichkeitsarbeit katastrophale Fehler beging. Sie nannte als grundlegende Zielsetzung nur die Unabhängigkeit Kosovos, ohne auf die Kernfragen einzugehen, wie sie es mit Demokratie, rechtsstaatlicher Ordnung und Marktwirtschaft halte. So konnte sie die Sympathien Washingtons nur vorübergehend gewinnen, während ihr die Länder der Europäischen Union ohnehin sehr reserviert gegenüberstanden.

Washington und Brüssel haben noch kein klares Wort gesprochen, wie die nationale albanische Frage – wenn man sie einmal auf das Kosovo-Problem einengt – ihrer Meinung nach zu lösen ist. Ein Höchstmaß an Autonomie innerhalb des serbischen Staatsverbands – das ist der Inhalt der UN-Resolution 1244 vom 10. Juni 1999, an die man gebunden ist. Zwar gab es hin und wieder Stimmen im westlichen Lager, die sagten, Milošević habe den Anspruch auf das Kosovo moralisch verwirkt. Doch eine eindeutige Zielvorstellung über die Zukunft Kosovos war damit noch nicht verbunden.

Im Oktober 1999 lancierte die Regierung in Washington Meldungen, denen zufolge sich die amerikanische Regierung für einen unabhängigen Staat Kosovo entschieden habe, weil eine Rückgabe Kosovos an Serbien nicht zu verantworten sei. Wann der unabhängige Staat Realität werden solle, ging aus diesen Angaben allerdings nicht hervor. Im November 1999 besuchte Präsident Clinton Kosovo, ohne die jugoslawischen Behörden auch nur von dieser Absicht zu informieren. De facto wurde deutlich, dass Washington Kosovo nicht mehr als einen Teil Jugoslawiens betrachtet. Besuche des deutschen Bundeskanzlers und anderer Politiker der EU zeigten, dass man in diesem Punkt mit Washington einig ist.

Für die nationale Frage ergibt sich die folgende Schlussfolgerung: der Schlüssel zur Lösung liegt weder in Tirana noch in Pristina oder Tetovo. Die albanischen Akteure, die vor mehr als achtzig Jahren nicht Herren der Lage waren, als es um die Lösung ihrer existentiellen Belange ging, sind es auch am Ende dieses Jahrhunderts nicht. Wie ihre Väter und Großväter müssen auch die albanischen Politiker unserer Zeit abwarten, auf welche Weise die Großmächte die nationale albanische Frage entscheiden werden.

III. Optionen der internationalen Gemeinschaft

Die internationale Gemeinschaft – Europäische Union und USA – hat es versäumt, das Kosovo-Problem auf die Tagesordnung zu setzen, als die Zeit dafür reif war. Bei den Jugoslawien-Konferenzen, die 1991 in Den Haag begannen und 1995 in Dayton endeten, wurde das Kosovo-Problem unter den Teppich gekehrt. Die Schiedskommission der Europäischen Gemeinschaft unter dem Vorsitz von Robert Badinter erkannte die autonomen Provinzen Kosovo und Wojwodina nicht als souveräne Teile der jugoslawischen Föderation an und billigte ihnen folglich nicht das Recht zu, einen eigenen Staat zu bilden. Das war nicht etwa ein Fehler in der juristischen Begutachtung. Die Kommission hatte von vornherein nur die Aufgabe, die Verhältnisse in den sechs (Teil-) Republiken zu prüfen.

Der Westen behandelte das Kosovo als einen international nicht handlungsfähigen Teil Serbiens und verzichtete auf die Möglichkeit, dieses Problem auf die internationale

Tagesordnung zu setzen. Er degradierte es stattdessen zu einem Problem fehlender Menschen- und Minderheitenrechte. Die Politik des gewaltfreien Widerstands, die Ibrahim Rugova mit Beginn der neunziger Jahre proklamierte, bestärkte die internationale Gemeinschaft in dieser Haltung. Man glaubte, Rugova werde das Kosovo ruhig halten. Nachhaltige Appelle an Belgrad, die Unterdrückung der Albaner zu beenden und ihnen ein Höchstmaß an Autonomie zu gewähren, würden letztlich ihre Wirkung nicht verfehlen. Die internationale Gemeinschaft schob das Kosovo-Problem ständig vor sich her und unterschätzte seine Sprengkraft sträflich. "Dialog und vertrauensbildende Maßnahmen zwischen Belgrad und Pristina" – das war die Formel, auf die man sich in der Europäischen Union geeinigt hatte. Das aber war kein Lösungsansatz, sondern allenfalls ein "Gesundbeten" des Problems. Man hielt den albanischen Politikern immer wieder vor, ihr Ziel der staatlichen Unabhängigkeit Kosovos sei nur mit kriegerischen Mitteln zu erreichen, und das könne niemand im Westen unterstützen. Der Krieg kam dann von der anderen, der serbischen Seite, und er hatte die Vertreibung der Albaner zum Ziel.

Der erfolgreiche Luftkrieg der NATO, die Stationierung der KFOR und die Einrichtung der UN-Zivilverwaltung haben die Optionen der internationalen Gemeinschaft im Kosovo nicht wesentlich vermehrt. Nachdem albanische Nationalisten die Vertreibung von mehr als der Hälfte aller Serben und eines Großteils der Roma ins Werk gesetzt hatten, sah sich die internationale Gemeinschaft gezwungen, mit allen Mitteln für die Erhaltung des ohnehin nur örtlich gegebenen multinationalen Charakters vom Kosovo zu kämpfen. Doch auch das stößt in der Praxis auf Schwierigkeiten. Andauernde "kleinere" ethnische "Säuberungen" lassen sich nicht verhindern. Wenngleich die Absicht der radikalen Nationalisten, das Kosovo von Serben und allen anderen Nichtalbanern zu "säubern", mit Mühe durchkreuzt werden konnte. Aber die intendierte Rückkehr einer großen Zahl von Serben scheint utopisch. Sie könnten nur in kleinen Enklaven, geschützt von KFOR-Truppen, leben und hätten kaum Chancen auf einen Arbeitsplatz. Diese Situation könnte erst durch die von der serbischen Seite angeregte Teilung des Kosovos geändert werden.

1. Die Teilung Kosovos

Die Idee, das Kosovo in einen serbischen Nordteil und einen albanischen Südteil aufzuspalten, sorgte Anfang April für eine heftige Kontroverse im Deutschen Bundestag. Der außenpolitische Sprecher der Fraktion der CDU/CSU Karl Lamers gab den Standpunkt seiner Partei wie folgt wieder: Im Kosovo gebe es unversöhnlichen Hass zwischen den Volksgruppen, der ein friedliches Nebeneinander der Menschen unmöglich mache. Die räumliche Separierung der Volksgruppen sei die unerlässliche Voraussetzung dafür, dass sie sich später versöhnen könnten. Diesen Gedanken habe man schließlich auch im Fall von Slowenien und Kroatien akzeptiert. Im Kosovo hätten sich praktisch bereits Grenzen entwickelt, an die man sich halten könne. Außenminister Joseph Fischer nannte die Idee einer Teilung gefährlich, damit spiele man nur dem Diktator Milošević in die Hand. Die Idee eines multiethnischen Kosovos dürfe nicht einfach zu den Akten gelegt werden. Der SPD-Außenpolitiker Gernot Erler kritisierte den Lamers-Vorschlag als einen Versuch, UNO-Resolutionen außer Kraft zu setzen. Die CDU/CSU verrenne sich in illusionäre Ziele. Es unterliegt keinem Zweifel, dass eine Teilung des Kosovos Zorn und Empörung aller Albaner hervorrufen würde. Sie wäre nur mit militärischer Gewalt durchsetzbar und würde sicherlich Widerstandsaktionen in Form terroristischer Akte zur Folge haben. Die Grenze zwischen den Serben im Norden und den Albanern im Süden müsste durch Stacheldraht, Minen und Wachttürme gesichert werden. Damit würde die internationale Gemeinschaft eine Form der Grenzziehung und Spaltung unterstützen, die man in Europa eigentlich überwunden glaubte. Mag ein zumindest partiell multinationales Kosovo auch als Utopie erscheinen, KFOR, UNMIK und OSZE müssen für dieses Ziel und für konsequenten Minderheitenschutz kämpfen, weil es hierzu keine Alternative gibt.

2. Rückgabe an Jugoslawien unter Sicherstellung eines "Höchstmaßes an Autonomie"

Die substantielle Autonomie und der Verbleib im jugoslawischen Staatsverband, wie in der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats postuliert, machten u.a. Russland die Unterschrift möglich. Es handelt sich um einen typisch diplomatischen Kompromiss, bei dem wesentlich ist, dass keinerlei Fristen genannt werden. Nach dem Abzug der serbischen Truppen und der Stationierung der KFOR sind Souveränität und territoriale Integrität Jugoslawiens im Hinblick auf das Kosovo praktisch nicht mehr gegeben. Die UN-Resolution wird auf unabsehbare Zeit Papier bleiben. Auch der Bedeutungsumfang der substantiellen Autonomie bleibt völlig unklar. Der Chef von UNMIK, Bernard Kouchner, richtete kürzlich eine Anfrage an den UN-Sicherheitsrat und bat um eine genaue Definition im Hinblick auf die vom Sicherheitsrat versprochene substantielle Autonomie.

Denkt man z.B. an das Modell Südtirol, so ist einleuchtend, dass Autonomie dieses Typs nur von einem Staatswesen gewährt werden kann, das selbst demokratisch ist. Serbien als der eigentliche Kern des neuen Jugoslawiens wird auch in der Nach-Milošević-Ära Jahrzehnte brauchen, um die Grundanforderungen an eine moderne Demokratie zu erfüllen. Mit diesem Argument kann die Rückgabe des Kosovos bis zum St. Nimmerleinstag verzögert werden. Für die Kosovo-Albaner ist der Gedanke ein rotes Tuch, mit einem wie auch immer gearteten Autonomiestatut in den serbischen Staatsverband reintegriert zu werden. Ibrahim Rugova sagte in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" sogar, sollte die internationale Gemeinschaft an einer Integration des Kosovos in Jugoslawien festhalten, so bedeute das den nächsten Krieg. Alle Albaner würden in diesem Fall auf die Barrikaden gehen.

Doch niemand rechnet mit einer erzwungenen Reintegration. Im Kosovo gehen schon jetzt die Uhren anders als im neuen Jugoslawien. Die Abkoppelung vom jugoslawischen Rechts- und Bildungssystem ist erfolgt. Es werden täglich Fakten geschaffen, die bewirken, dass hier ein Staat entsteht, der nicht Staat genannt werden darf, der aber mit dem Staatsverband, dem er einmal angehörte, immer weniger zu tun hat. Straßen- und Eisenbahnverbindungen zwischen dem Kosovo und Albanien sind geplant. Die albanische Hafenstadt Durres soll als Kosovos Hafen dienen, so dass man auch unter diesem Aspekt nicht mehr Belgrads Kontrolle unterliegt. Die nahezu fertiggestellte Eisenbahnlinie zwischen Durres und Prizren wird den Transport von Gütern erleichtern. Die Bildungssysteme in Albanien und im Kosovo werden vereinheitlicht, die Kontakte zwischen der Universität Pristina und den drei Universitäten Tiranas intensiviert.

Mit Ausnahme Russlands gibt es keinen Akteur auf der internationalen Bühne, der für eine Rückkehr des Kosovos nach Serbien plädieren würde. Aber selbst in Russland macht sich unter Präsident Putin ein vorsichtiges Abrücken von der bisherigen Jugoslawienpolitik bemerkbar. Die UN-Resolution 1244 hat lediglich eine starke Bremswirkung, indem sie die Option eines unabhängigen Staates Kosovo zumindest stark einschränkt, wenn nicht unmöglich macht. Aber die Verwirklichung dieser Resolution ist keine reale Option für die internationale Gemeinschaft.

3. Unabhängiger Staat Kosovo

Ein Beobachter hat einmal scherzhaft bemerkt, jede politische Partei im Kosovo wisse sich mit allen anderen über drei politische Ziele einig:

1. **staatliche Unabhängigkeit**
2. **staatliche Unabhängigkeit**
3. **staatliche Unabhängigkeit**

Tatsächlich sind ausnahmslos alle politischen Parteien im Kosovo diesem Ziel verpflichtet. Aus der Sicht der internationalen Gemeinschaft stellen sich die Dinge diametral entgegengesetzt dar. Weder die Vereinigten Staaten noch irgendein Staat der Europäischen Union haben sich jemals für ein unabhängiges Kosovo ausgesprochen. Unter dem Eindruck der Verbrechen und Kriegsgräuelp, die im Kosovo geschehen sind, hat der eine oder andere

westliche Politiker eine Rückgabe an Serbien ausgeschlossen, doch für einen unabhängigen Staat plädierte niemand. Die schweren Übergriffe und Verbrechen gegen die serbische Minderheit und die Roma im Kosovo, inszeniert und begangen von albanischen Nationalisten, waren ein zusätzlicher Grund. Wie kann man Leuten die staatliche Unabhängigkeit geben, die offenkundig alle anderen mitwohnenden Ethnien töten oder vertreiben wollen?

Daneben gibt es die traditionellen Argumente gegen einen unabhängigen Staat Kosovo. Er würde nicht nur den Bruch der UN-Resolution, sondern auch eine Grenzveränderung und damit einen schlechten Präzedenzfall in einem äußerst sensitiven Raum bedeuten. Ein solcher Staat hätte eine Sog- und Magnetwirkung auf die Albaner in Westmazedonien, Südmontenegro und im griechischen Nordepirus. Er wäre möglicherweise existenzbedrohend für die Republik Mazedonien und sicherlich gefährlich für Montenegro. Nicht auszuschließen ist auch, dass ein unabhängiges Kosovo Gebietsansprüche gegenüber Serbien geltend machen würde. Das serbische Presevo-Tal, in dem rund 70.000 Albaner leben, wird von albanischen Nationalisten, die sich zu einer aggressiven Bewegung vereinigt haben, als "Ost-Kosovo" bezeichnet. Ein unabhängiger Staat würde auch das Ende von KFOR und UNMIK bedeuten und der internationalen Gemeinschaft die Möglichkeit nehmen, die Dinge im Kosovo in ihrem Sinne zu steuern. Nach einem Abzug der internationalen Friedenstruppe wären die Kosovo-Albaner ohne Schutzmacht und stünden der geballten serbischen Militärmacht erneut hilflos gegenüber.

Es ist auch nicht ersichtlich, wie ein unabhängiger Staat Kosovo überleben könnte: ohne eigenen Zugang zum Meer, wirtschaftlich rückständig und umgeben von Ländern, die als Europas Armenhaus bezeichnet werden müssen. Kein ausländischer Investor würde Geld in solch einem Staat anlegen wollen.

Das Kosovo ist heute frei von serbischer Unterdrückung. Die Unabhängigkeit um der Unabhängigkeit willen, d.h. ohne Rechtsstaat, Marktwirtschaft und eine effiziente Sozialpolitik, wird von der internationalen Gemeinschaft nicht akzeptiert werden. Im Gegenteil, solange im Kosovo katastrophale wirtschaftliche und soziale Zustände herrschen, ist gerade das ein Argument für die dauernde Anwesenheit fremder Soldaten, Polizisten und Verwaltungsfachleute. Man will zunächst versuchen, in jahrelanger Aufbauarbeit ein halbwegs funktionierendes Staatswesen aus dem Kosovo zu machen. Welche staatsrechtliche Form dieses Gemeinwesen einmal erhalten wird, das ist heute völlig offen. Natürlich denken die verantwortlichen Politiker der internationalen Gemeinschaft auch in folgende Richtung: solange es keine Unabhängigkeit für das Kosovo gibt, solange wird es auch keine Vereinigungseuphorie mit dem Mutterland, mit Westmazedonien, Südmontenegro und vielleicht sogar Nordepirus geben.

Fazit: Der unabhängige Staat Kosovo ist für die internationale Gemeinschaft keine Option in der absehbaren Zukunft.

4. Großalbanien

Der Traum von der Vereinigung aller albanischen Siedlungsgebiete zu einem Staat ist eher ein Mythos. Eine Option mit Realitätsbezug ist er jedenfalls nicht. Für die internationale Gemeinschaft wäre ein Großalbanien, das weite Gebiete Serbiens, Mazedoniens, Montenegros und Nordgriechenlands einschliesse, eher ein Alptraum. Und wenn die Ablehnung eines unabhängigen Kosovos schon so einhellig ist, dann ist Großalbanien auf der internationalen Bühne ein hoffnungsloser Fall.

Eine andere Sache ist naturgemäß, was die Albaner selbst denken. 450.000 Kosovaren gerieten während des letzten Kriegs als Flüchtlinge nach Albanien. Die meisten von ihnen waren zum ersten Mal im Mutterland und sagten, sie hätten Gefühle enger Verwandtschaft und landsmannschaftlicher Verbundenheit empfunden. Man sei zu Brüdern gekommen, in deren Adern dasselbe Blut flösse. 50 % der Flüchtlinge gaben bei einer Umfrage an, sie wollten die Vereinigung mit Albanien. 25 % wollten immerhin engere Bindungen an

Albanien. Bei der Frage nach der künftigen Rolle Albaniens erklärten 90 %, Albanien habe bei der Zukunftsgestaltung Kosovos eine Rolle zu spielen. Schließlich seien es Landsleute und man habe eine gemeinsame Geschichte.

Verantwortliche Politiker aus Tirana haben zwar ein gewisses Mitspracherecht bei der Regelung des Kosovo-Problems in Anspruch genommen und waren "verschnupft", als es ihnen vom Westen nicht gewährt wurde. Aber weder der Staatspräsident noch der Premierminister oder irgendein anderer herausragender Politiker hat in den vergangenen zwei Jahren ein Großalbanien gefordert. Die Öffnung der Grenze zwischen Albanien und dem Kosovo wurde zwar enthusiastisch gefeiert, doch von einer Einverleibung des Kosovos war nicht die Rede. Im Dezember 1999 gab es Bestrebungen, ein vereinigt Forum aller politischen albanischen Parteien in Albanien, Kosovo, Mazedonien und Montenegro zu gründen. Eine pan-nationale Strategie zur Integration aller Albaner sollte entwickelt werden. Diese Initiative wurde in Tetovo gestartet, und zwar von Fatos Nano, Hashim Thaçi und Arbën Xhaferi, dem Führer der Albanischen Demokratischen Partei Mazedoniens. Hashim Thaçi traf auch mit dem albanischen Staatspräsidenten Rexhep Mejdani, Premierminister Ilir Meta, Fatos Nano und Oppositionsführer Salih Berisha zusammen. Nach Thaçis Angaben dienten diese Treffen dazu, die nationalen Standpunkte gegenüber der internationalen Gemeinschaft zu vereinheitlichen.

Ibrahim Rugova bezeichnete die Albaner in einem Spiegel-Interview als ein geteiltes Volk und wies dabei ausdrücklich auf die albanische Bevölkerung in Mazedonien und Montenegro hin. Gleichzeitig sprach er davon, dass es in Zukunft eine Föderation zwischen Albanien und Kosovo geben könnte.

Großalbanien ist nicht nur ein Schreckgespenst für die Nachbarstaaten Albaniens und die internationale Gemeinschaft. Angesichts der katastrophalen Zustände im Mutterland fragt sich mancher Beobachter, wie die Albaner eigentlich ein Großalbanien mit bis zu 7 Millionen Einwohnern beanspruchen können, wenn sie nicht einmal in der Lage sind, ihr kleines Land mit 3,3 Millionen Einwohnern zu regieren und zu verwalten? Albanien hat weder die politischen noch die ökonomischen Voraussetzungen, um die Rolle eines Motors bei der Lösung der nationalen Frage zu spielen.

Großalbanien ist aus der Perspektive der internationalen Gemeinschaft eine negative Option, die sie unter keinen Umständen zulassen wird. Auf der anderen Seite ist die albanische Nationalbewegung bei weitem zu schwach, um diese Option der Realität auch nur einen Schritt näher zu bringen.

5. Die Bewahrung des Status quo auf unabsehbare Zeit

Die internationale Gemeinschaft sieht sich derzeit keinem Druck ausgesetzt, die Lösung der albanischen Frage in irgendeiner Form voranzubringen. Auch das Kosovo-Problem hat nicht mehr die Virulenz und Dynamik wie noch am Ende der neunziger Jahre unseres Jahrhunderts. Als riesige Flüchtlingswellen und ein Überschwappen des Krieges auf die Nachbarländer drohten, bestand unmittelbarer Handlungszwang. Heute, wir schreiben das Jahr 2000, sind alle schrecklichen Dinge im Kosovo bereits passiert: Krieg, Vertreibung, gigantische Flüchtlingsströme. Das Kosovo ist kein weltpolitisches Problem mehr. Das zeigt sich schon daran, dass die Bereitschaft vieler Länder, Verwaltung, Polizei und Wiederaufbau im Kosovo zu finanzieren, spürbar nachgelassen hat.

Gleichzeitig wird deutlich, dass die internationale Gemeinschaft keinerlei Veranlassung sieht, eine Entscheidung über die Zukunft Kosovos zu treffen. Man will offenkundig keine "schlafenden Hunde" wecken und keine (unnötigen) Konflikte mit Russland oder anderen Staaten heraufbeschwören. Und so ist der "stabile Schwebezustand" die Option, für die sich die internationale Gemeinschaft entschlossen hat. Man präjudiziert nichts und arbeitet parallel dazu an der inneren Umgestaltung Kosovos. Natürlich muss man sich den zahlreichen inneren Problemen Kosovos stellen, doch die wesentliche Entscheidung über den künftigen Status der

Provinz wird offengehalten. Diese Politik des Vertagens und Verschiebens lässt sich um so leichter praktizieren, als die albanische Nationalbewegung derzeit nicht in der Lage ist, dem Prozess zur Lösung der nationalen Frage mehr Dynamik zu verleihen.

Jens REUTER

Center for Democracy, Thessaloniki